THAILAND-RUNDSCHAU

der Deutsch-Thailändischen Gesellschaft e.V., Köln

Jahrgang 22 Juni 2009 Nr. 2

ISSN: 0934-8824

DEUTSCH-THAILÄNDISCHE GESELLSCHAFT e.V.

Ehrenpräsident
Der Botschafter des Königreiches Thailand in Deutschland
Präsidentin
Prof. Dr. Frauke Kraas
stellvertretender Präsident
Prof. Dr. Karl-Heinz Pfeffer
Schatzmeister
Günter Blindert
Vorstandsmitglieder
Dr. Arnd D. Kumerloeve
Dr. Ingvar Sander

RUNDSCHAU -IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Deutsch-Thailändische Gesellschaft e.V.

Redaktion:
Prof. Dr. Frauke Kraas, 50923 Köln (ViSdP)

unter Mitarbeit von
Dr. Arnd D. Kumerloeve, Köln, und
Prof. Dr. Karl-Heinz Pfeffer, Tübingen
Layout: Anke Dick-Follmann, Rodgau

Druck
Druckerei Koges, Bonn

ISSN: 0934-8824

Geschäftstelle, Bibliothek und Redaktionsbüro
Johann-Bensberg-Straße 49,
51067 Köln
☎ +49 (0)221 / 68 00 210
Fax: +49 (0)221 / 96 90 287
E-Mail: info@dtg.eu
Internet: http:// www.dtg.eu

THAILAND-RUNDSCHAU, die Zeitschrift der Deutsch-Thailändischen Gesellschaft e.V., erscheint dreimal im Jahr im Umfang von je ca. 40 Seiten. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Redaktionsschluss:
für Heft 3-2009: 31.10.2009
für Heft 1-2010: 01.03.2010
für Heft 2-2010: 01.06.2010

Inhalt Nr. 2 – 2009

Vorwort 39

Zum Tode von Karl Weber 40
Arnd D. Kumerloeve

30 Jahre deutsch-thailändische Forschungskooperation 42
Karl-Heinz Pfeffer

Die Farben Rot und Gelb als politische Waffen 45
Barend Terwiel

Thailand: Modell in der Krise 51
Gerhard Will

Der Duft der grünen Papaya 55
Marin Trenk

Gesundheitsprävention in Jahrtausend alter thailändischer Tradition 59
Evelyn Unger

Serie: Kulturelle Herausforderungen in der deutsch-thailändischen Zusammenarbeit 62
Stefanie Rathje

„Die Verfassung muss für die Bevölkerung, nicht für die Politiker gemacht werden“ 72
Maren Sander

31 Jahre Duang Prateep Foundation "Flamme der Hoffnung" 74

Namentlich gekennzeichnete oder aus anderen Publikationen übernommene Beiträge dienen ausschließlich der Information unserer Leser und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Gesellschaft wieder.

Titelphoto: Bangkok – auf zu neuen Ufern? © Kraas 2008
Innentitel: Elefantenbadespaß © Wulf Metz

Thailand: Modell in der Krise

Gerhard Will

Thailand als Modell der Modernisierung zu sehen, ist ein relativ junges Phänomen. Lange Zeit war dieses Land mit dem Image „Exotik“ belegt. Etwas ganz anderes als die uns vertraute Welt: bezaubernd, rätselhaft und von jener Ruhe erfüllt, die den westlichen Menschen abgeht. Regiert von einem König, der scheinbar mühelos all jene Klischees der Märchen unserer Kindheit erfüllt und sich als fürsorglicher Landesvater beweist, der nicht müde wird, dem buddhistischen Ideal eines guten Herrschers gerecht zu werden.

In den 70er/80er Jahren ging dieses Image nicht verloren, aber es wurde mehr und mehr von jener Glitzerwelt überlagert, die von der rasch wachsenden Metropole Bangkok ausging. Dabei stand zunächst der wirtschaftliche Erfolg im Vordergrund. Nach den „Tigern“ der ersten Generation, Hongkong, Singapur, Taiwan, Süd-Korea, zählte Thailand nun zu jenen Ländern, die sich gleichsam in einer zweiten Welle anschickten, Unterentwicklung zu überwinden, Anschluss an die industrialisierten Länder zu gewinnen und Produkte mit höherer Wertschöpfung zu produzieren.

Die politische Entwicklung blieb zunächst hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Zwar entwickelten sich in den achtziger Jahren neue Mittelschichten, soziale Bewegungen, kritischere Medien, all das, was man gemeinhin unter Civil Society subsumiert, aber das Militär verfügte nach wie vor über eine sehr dominante Position und vielfältige Interventionsmöglichkeiten. 1992 zeigten sich jedoch die Grenzen dieser lange Zeit gültigen Vormachtstellung. Der erneute Versuch, eine Militärherrschaft zu errichten, scheiterte an dem entschlossenen Widerstand vieler Thailänder, die in Straßen Bangkoks Massendemonstrationen veranstalteten, so dass sich König Bhumipol zu einer medienwirksam in Szene gesetzten Vermittlungsaktion veranlasst sah.

Das Modell der neunziger Jahre

Höchst unterschiedliche Kräfte fanden sich während der neunziger Jahre in dem einen Ziel zusammen, Thailand ein neues politisches System zu verleihen. Setzten die Liberalen mit dem Slogan „Dynamische Wirtschaft - offene Gesellschaft“ auf eine schnelles Wirtschaftswachstum, das Thailand in eine moderne Gesellschaft verwandeln würde, so gab es unter den neuen sozialen Bewegungen auch eine starke Strömung, die eine kommunitäre Entwicklung befürworteten. Wohlstand, besser gesagt Wohlbefinden, sollte – ganz im Sinne der buddhistischen Tradition – durch bewusste Selbstbeschränkung erzielt werden. Entwicklung sollte sich an den Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten und nicht allein an wirtschaftlichen Zuwachsraten orientieren.

In den Diskussionen über die Ausarbeitung einer neuen Verfassung kamen Vertreter beider Positionen zum Zuge. Von Seiten des Königshauses wurde 1994 das Prajadhipok-Institut gegründet, das dieses Ringen um ein neues politisches System moderieren und nach Kräften unterstützen sollte. Nach einer mehrjährigen Debatte konnte schließlich 1997 die neue Verfassung Thailands verabschiedet und vom König unterzeichnet werden. Um die volatilen Mehrheitsverhältnisse der Vergangenheit zu beenden, sah sie ein Wahlsystem vor, das die Entwicklung eines stabilen Zweiparteiensystems begünstigte und der Exekutive, d.h. vor allem dem Ministerpräsidenten größere Vollmachten verlieh. Eine Reihe von unabhängigen Verfassungsinstitutionen (Wahlkommission, Anti-Korruptionskommission, Verfassungsgerichtshof etc.), die ein System notweniger checks and balances konstituierten, zielte darauf ab, eine Übermacht der Exekutive zu verhindern. Nach Auffassung der meisten Beobachter war dies die demokratischste Verfassung, die Thailand in seiner an Verfassungen nicht gerade armen Geschichte besaß.

Auch in der ASEAN profilierte sich Thailand als wesentlicher Motor einer stärkeren Integration und der Verständigung auf eine gemeinsame Wertebasis sowie einer verlässlicheren Institutionalisierung der südostasiatischen Staatengemeinschaft. Mit einer Ausarbeitung einer gemeinsamen ASEAN-Charta sollten hier einerseits klare rechtliche Standards gesetzt werden und andererseits Demokratisierung und good governance in den einzelnen Mitgliedsstaaten befördert werden. Für Bangkok war dies nicht nur eine theoretische Diskussion, sondern man war auch bereit, konkrete Verantwortung zu übernehmen, in dem man sich z.B. an der Friedenstruppe in Ost-Timor beteiligte, die von einem thailändischen Kommandeur befehligt wurde.

Thailand war somit zu einem exzellenten Beispiel einer schlichten Form der Modernisierungs-Theorie geworden. Ein Land mit einer boomenden Wirtschaft, einem politischen pluralistischen System, das darüber hinaus regionale Verantwortung übernahm und offensiv für die Prinzipien von good governance auf nationaler wie internationaler Ebene eintrat.

Die Krise dieses Modells

Wenn wir die Geschichte der vergangenen Jahre, vor allem des vergangenen Jahres betrachten, so scheint von diesem strahlenden Modell kaum mehr etwas übrig geblieben zu sein. Die Prinzipien, die in den neunziger Jahren weit gehende Anerkennung genossen hatten, sind heute in fast unerreichbare Ferne gerückt.

Gehen wir noch einmal zurück in das Jahr 1997. In diesem Jahr wurde nicht nur Thailands neue Verfassung verabschiedet, sondern es war auch das Jahr der „Asienkrise“, die gerade in Thailand mit der spektakulären Abwertung des Baht ihren Ausgangspunkt genommen hatte und damit jenen kometenhaften wirtschaftlichen Aufstieg ein jähes Ende setzte.

Von dem wirtschaftlichen Rückschlag erholten sich Thailand und auch die anderen südostasiatischen Länder überraschend schnell. Zwar waren die Zeiten eines 9- bis 10-prozentigen Wachstums vorbei, aber für ein Land, das ja bereits einen gewissen Entwicklungsstand erreicht hatte, waren auch Zuwachsraten zwischen 4 und 6 Prozent eine respektable Leistung, zumal wenn man in der Wertschöpfungskette einen weiteren Aufstieg nach oben verzeichnen konnte. Trotz dieses wirtschaftlichen Wiederaufstiegs lebte die überwiegende Mehrheit der thailändischen Bevölkerung nach wie vor in sehr unstabilen, prekären Lebensverhältnissen. Prof. Pasuk Phonpaichit geht von etwa zwei Dritteln der thailändischen Bevölkerung aus, die auf dem Land, aber auch in den Städten in wirtschaftlich guten Zeiten ihr Auskommen finden, aber kaum über Reserven und Absicherungen gegen Notlagen verfügen.

Augenfälliger als diese ungelösten sozialen Probleme, die gleichsam eine Konstante des thailändischen Modernisierungsprozesses darstellen, war eine Veränderung des politischen Diskurses. Die Einsicht, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Landes neue Interessengruppen hervorbringt, dass sich die politische Landschaft zunehmend pluralisiert und dass eine friedliche Beilegung dieser Konflikte nur durch das oft mühsame Aushandeln von Kompromissen möglich ist, wurde mehr und mehr durch den Wunsch nach einem großen Wurf, einer genialen Strategie und einer kompetenten, ja unfehlbaren Führungsfigur beiseite gedrängt.

Zielscheibe dieser Kritik wurde nicht zuletzt die „Demokratische Partei“, die für ihre nachgiebige Haltung gegenüber dem Internationale Währungsfonds (IWF) ebenso in die Kritik geriet wie für ihr Bemühen, neue parlamentarische Mehrheiten zu schmieden und hierfür allzu große Zugeständnisse an jene Kräfte zu machen, die man häufig als „money politics“ bezeichnete. Die Verachtung und der Hass auf jene Politiker, die durch Korruption, Misswirtschaft und Ämtermissbrauch eine politische Konsolidierung hintertrieben und parlamentarische Arbeit als Ämter- und Pfründenschacher betrachteten, dehnte sich bald auf die gesamte politische Klasse und die parlamentarische Politik an sich aus, die mit Inkompetenz und moralischem Verfall gleichgesetzt und für nahezu alle Probleme des Landes verantwortlich gemacht wurde.

Thaksins neue Strategie

Thaksin Shinawatra erkannte wie kaum ein anderer diese neue Stimmungslage. Darüber hinaus war er mit amerikanischen Marketing-Konzepten vertraut und verfügte nicht zuletzt über beträchtliche finanzielle Mittel, um eine neue politische Kraft zu etablieren. Während viele andere in der „Asienkrise“ ihres Vermögens verlustig gegangen waren, hatte Thaksin diese Krise nicht nur unbeschadet überstanden, sondern war sozusagen als einer ihrer Gewinner hervorgegangen, der zudem noch einiger Konkurrenten ledig geworden war.

Er nutzte diese Macht, um zunächst eine Partei neuen Typs auf die Beine zu stellen. Eine Partei, die sich nicht auf die überkommenen Machtgefüge und Netzwerke stützte und ihnen daher ein relativ großes Mitspracherecht einräumen musste, sondern klar von oben nach unten strukturiert und auf die Führungsfigur Thaksin zugeschnitten war. Er selbst bemühte sich unermüdlich um den unmittelbaren Kontakt zur Wählerbasis, deren massenhafte Zustimmung die eigentliche Legitimation dieser Partei darstellte.

Ihr Name „Thai rak Thai“ (Thais lieben Thais) appellierte an das Nationalgefühl, das in der „Asienkrise“ stark gedemütigt worden war. Zugleich macht der Slogan „Neues Denken, neues Handeln“ den Anspruch deutlich, eine fast revolutionäre Strategie vorzulegen, die wie mit einem Befreiungsschlag all jene Verstrickungen und Barrieren niederreißen würde, die dem weiteren Aufstieg Thailands im Wege stehen. Thaksin verstand sich als oberster Manager, der leitet, motiviert, der Probleme als Herausforderung und nicht als unüberwindbare Hindernisse betrachtet.

In den Mittelpunk seiner Strategie rückte er jene Bevölkerungsgruppe, die bislang wenig vom wirtschaftlichen Aufstieg profitiert und ihre Wählerstimmen gegen ein geringes Entgelt den lokalen Eliten zur Verfügung gestellt hatte. Mit verschiedenen Programmen zur medizinischen Versorgung, Kreditvergabe etc. schuf er sich eine solide Wählerbasis, die der TRT-Partei eine spürbare Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse verdankte. Noch entscheidender war, dass sie durch die TRT-Partei politisches Selbstbewusstsein erlangte und eine Vorstellung davon bekam, welchen Machtfaktor sie in einem auf freien Wahlen fußenden parlamentarischen System ausüben konnte. Beeindruckende Wahlsiege seiner Partei lieferten wiederum Thak-

sin eine schwer anfechtbare Legitimation seiner Herrschaft.

Gestützt auf diese klaren Mehrheitsverhältnisse im Parlament bemächtigte sich der neue Ministerpräsident nicht nur des Staatsapparates, sondern schrittweise auch jener unabhängigen Institutionen, die nach der Verfassung von 1997 ein notwendiges Gegengewicht zu den erweiterten Vollmachten der Exekutive bildeten. In den von ihn initiierten Polizeiaktionen „Kampf gegen die Drogen“ und „Kampf gegen dunkle Mächte“ setzte sich Thaksin schließlich skrupellos über die elementarsten Prinzipien eines Rechtsstaates hinweg. Nicht weniger skrupellos bediente er sich der neu erworbenen Machtmittel, um sich und seine Gefolgsleute zu bereichern und ein Wirtschaftsimperium von bisher nicht gekannter Größe aufzubauen.

Thaksins Gegner

Thaksins Vorgehen forderte eine sehr heterogene Opposition heraus, die nicht durch ein gemeinsames Programm, sondern durch einen gemeinsamen Gegner zusammengehalten wurde. Für die städtischen Mittelschichten und Intellektuellen war Thaksin derjenige, der bürgerliches Freiheitsrecht mit Füßen trat und den mühsam errungenen politischen Handlungsspielraum drastisch beschränkte. Für die traditionellen Eliten aus Militär, Administration sowie die dem Königshaus verbundenen Kreise war er der Emporkömmling, der die unbedarften und daher leicht manipulierbaren Volksmassen aufwiegelt und jene Ordnung zerstört, die überkommene Herrschaftsverhältnisse und Privilegien sichert und legitimiert. Für eine wachsende Zahl von Geschäftsleuten und Unternehmern, wie Thaksins ehemaliger Parteigänger Sondhi Limthongkul, wurde er zum übermächtigen wirtschaftlichen Konkurrenten, der seine Regierungsgewalt missbrauchte, um missliebige Konkurrenten auszuschalten.

Diese höchst widersprüchliche Koalition war zwar in der Lage, im September 2006 die Regierung Thaksin durch einen unblutigen Militärputsch zu beenden, aber sie besaß kein kohärentes Regierungsprogramm, mit dem sie die Mehrheit der thailändischen Wähler hinter sich hätte bringen können. Obgleich Thaksin außer Landes war, gelang es seiner neu gegründeten „People’s Power Party“, sich bei den Wahlen im Dezember 2007 als stärkste politische Kraft durchzusetzen und mit Hilfe einiger Koalitionspartner eine stabile Mehrheit im neu gewählten Parlament zu erringen.

Außerstande, sich im Parlament durchzusetzen, griffen die Anti-Thaksin-Kräfte zu immer spektakuläreren und radikaleren Maßnahmen, um die gewählte Regierung zu Fall zu bringen. Massendemonstrationen folgten die Besetzung des Regierungssitzes und schließlich die totale Blockade des Bangkoker Flughafens. Während viele Nicht-Regierungsorganisationen und Intellektuelle, die einst zu den erbitternsten Gegnern Thaksins zählten, sich von diesen gesetzeswidrigen Aktionen distanzierten, konnten die Protagonisten der Protestbewegung auf die stillschweigende Unterstützung in Polizei, Armee und der Justiz bauen.

Letztere verfügte schließlich die Auflösung der „People’s Power Party“ und untersagte ihren führenden Vertretern für die Dauer von fünf Jahren die Wahrnehmung politischer Ämter. Als die Thaksin-Anhänger im Frühjahr 2009 ebenfalls zu außerparlamentarischen Gewaltaktionen griffen, mussten sie letztlich den Rückzug antreten, da sie nicht auf die Hilfe jener staatlichen Institutionen rechnen konnten, die ihren Gegnern den Weg in die Regierung geebnet hatten. Von einer Stabilisierung der Situation kann jedoch keine Rede sein. Vielmehr haben die Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre die vorhandenen Gräben weiter vertieft und deren Überwindung erheblich erschwert.

Tiefer liegende Ursachen

Worin sind die tiefer liegenden Ursachen dieser Krise zu suchen? Da ist zunächst eine wirtschaftliche Entwicklung zu nennen, die trotz ansehnlicher Zuwachsraten der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nur wenig Anteil an diesem wirtschaftlichen Erfolg gewährt.

Thaksin hatte seinen Wählern zwar eine Reihe von Wohlfahrtsmaßnahmen beschert, aber er hat letztlich kein schlüssiges Konzept vorgelegt, das diese Menschen in die Lage versetzen würde, sich eine verlässliche wirtschaftliche Perspektive zu verschaffen. Vielmehr steht zu befürchten, dass das von ihm anvisierte Ziel, Thailands Öffnung zum Weltmarkt weiter voranzutreiben, gerade diesen Menschen noch größere Opfer abverlangen und sie noch weiter marginalisieren wird. Das Gegenkonzept einer „Sufficiency Economy“, das die Einflüsse und Auswirkungen der Globalisierung in Grenzen zu halten versucht und das Glück in der Bescheidenheit und Selbstbeschränkung propagiert, unterschätzt offensichtlicht die Kräfte der Globalisierung ebenso wie die Wünsche und Vorstellungen derjenigen, die am Rande einer Gesellschaft leben, die sich nicht an Bescheidenheit und Selbstbeschränkung orientiert.

Für die Lösung dieser vielfältigen Probleme gibt es keinen am grünen Tisch ausgeklügelten Masterplan. Vielmehr bedarf es eines schwierigen Prozesses von trial and error, um zu besseren Ergebnissen zu gelangen. Dies erfordert nicht zuletzt eine konstruktive Debatte über den geeigneten Entwicklungsweg. Da sich Thailands politische Lager eher durch gemeinsame Gegner als durch gemeinsame Ziele definieren, konzentrieren sich die politischen Auseinandersetzungen seit gerau-

mer Zeit aber nicht auf die Bewältigung konkreter Entwicklungsprobleme, sondern auf Fragen der politischen Legitimität. Genauer gesagt: Man bezichtigt die Gegenseite der Korruption, des Machtmissbrauchs und der Verletzung elementarer demokratischer Prinzipien, wobei man immer mehr darauf verzichtet, derartige Anschuldigungen mit konkreten Belegen und Beweisen zu untermauern.

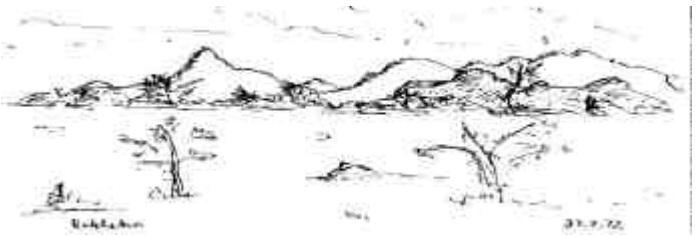
Eine öffentliche Debatte, welche die politische Legitimität in den Mittelpunkt stellt bzw. der Gegenseite jegliche Legitimität abspricht, schließt die Bildung von Kompromissen aus. Eine pluralistische Gesellschaft ist jedoch unabdingbar auf die Fähigkeit angewiesen, trotz differierender Interessen zu einem gemeinsamen Nenner zu finden; so frustrierend, zeitlich begrenzt und unattraktiv dies in vielen Fällen ist. Zu fruchtbaren Kompromissen wird man wiederum nur gelangen, wenn sich alle Beteiligten an gemeinsame Spielregeln halten und gewisse rechtliche Normen als unumstößlich anerkennen. In den Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre haben jedoch die politischen Kräfte Thailands diesen gemeinsamen Konsens aufgekündigt und die ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen rigoros zum Einsatz gebracht. Offenkundige Rechtsverletzungen wurden billigend in Kauf genommen.

Angesichts dieser anarchischen Zustände setzten viele Thais wie ausländische Beobachter große Hoffnungen auf die moderierende Rolle des Königs, der durch seine Autorität und sein diplomatisches Geschick die streitenden Parteien zu einer friedlichen Beilegung ihrer Auseinandersetzungen bewegen könnte. Öffentlich dokumentiert ist eine solche Vermittlungsaktion nur in der Krise von 1992. Seit 2006 hat der König offenkundige Verstöße gegen grundlegende Verfassungsprinzipien sowie schwerwiegende Beeinträchtigungen des internationalen Ansehens seines Landes kommentarlos hingenommen. Manche Beobachter stellen in Zweifel, ob er so seiner Führungsrolle als treu sorgender Landesvater gerecht geworden ist. Seine potenziellen Nachfolger werden aller Voraussicht nach noch weniger in der Lage sein, diese Rolle wahrzunehmen.

Ausblick

Der seit Dezember 2008 amtierende Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva hat beeindruckendes taktisches Geschick an den Tag gelegt. Ihm gelang es, sich eine parlamentarische Mehrheit zu verschaffen, indem er eine Fraktion aus dem Thaksin-Lager heraus brach und Sozialprogramme ankündigte, die auf die Wählerbasis seiner Gegner abzielen. Bei Nachwahlen im Januar konnte er sich ebenso erfolgreich behaupten wie bei einem gegen ihn gerichteten parlamentarischen Misstrauensvotum. Als im April Demonstranten nicht nur seinen Regierungssitz okkupierten, sondern auch den Abbruch des ASEAN-Gipfels in Pattaya erzwangen, reagierte er mit bemerkenswerter Zurückhaltung und bekundete seine Bereitschaft zu Gesprächen mit der Opposition. Die von der Opposition geforderten Änderungen der Verfassung von 2008 sollen nicht länger tabuisiert, sondern in einer öffentlichen Debatte thematisiert werden. Will man eine längerfristige Konsolidierung erreichen, werden solch taktische Manöver nicht ausreichen. Abhisit hat selbst betont, dass der von ihm angestrebte Dialog mit der Opposition klar darauf gerichtet sein müsse, sich auf allseits akzeptierte Verfahrensregeln zu verständigen, rechtsstaatliche Normen anzuerkennen und ihre unparteiische Durchsetzung zu gewährleisten. Hier ist die Regierung ebenso gefordert wie die Opposition wie auch jene Kräfte des Militärs, die eine „gelenkten Demokratie“ befürworten, in der sie eine herausgehobene Position innehaben würden. Nur wenn eine solche Rückkehr zu einem gemeinsamen Rechtsverständnis gelingt, kann Thailand wieder zu einem Modell für die Überwindung von Unterentwicklung und den Aufbau eines demokratischen Staatswesens werden, das nicht zuletzt einen substantiellen Beitrag zum Aufbau einer ASEAN-Community leisten wird. Gegenwärtig dient es eher den Befürwortern autokratischer Herrschaftssystem als willkommener Beweis für die Richtigkeit ihrer Anschauungen und das Scheitern eines „westlich“ geprägten Entwicklungsweges.

Dr. Gerhard Will ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.



THAILAND

Deutsch-Thailändische Gesellschaft

Publikationen

Thailand-Rundschau*

über die allgemeine Medienberichterstattung hinausgehende Fachbeiträge über Kultur, Geographie, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Tourismus und Gesellschaft des südostasiatischen Königreiches

* im Mitgliedsbeitrag enthalten

DTG-Schriftenreihe*

aktuell 25 Bände deutscher und thailändischer Autoren zu verschiedenen Themen der Geschichte, Geographie, Gesellschaft und Kultur des Königreichs

Deutsch-Thailändische Gesellschaft e.V. - Johann-Bensberg-Straße 49 - 51067 Köln
www.dtg.eu - info@dtg.eu

Südostasien Magazin

www.suedostasienmagazin.de